

**Oktober 2011**

## **Verbraucherarbeit – eine Chronologie**

### **1844**

Gründung der ersten Konsumgenossenschaft in Großbritannien

### **1854**

Einrichtung einer bäuerlichen Genossenschaftshilfe ("Spar- und Darlehenskassen") durch Friedrich Wilhelm Raiffeisen

### **1897**

Das Reichsgericht in Leipzig entscheidet, dass die Bildung von Kartellen der Gewerbefreiheit nicht entgegensteht.

### **1898**

Gründung der National Consumers League in den USA

### **1899**

Gründung des Deutschen Evangelischen Frauenbundes in Kassel (DEF)

### **1900**

Gründung des Verbands Deutscher Mietervereine in Leipzig

### **1903**

Gründung der Hausfrauenvereinigung des Katholischen Deutschen Frauenbundes

### **1906**

Der Pure Food and Drug Act wird als erstes wichtiges Verbraucherschutzgesetz in den USA verabschiedet. Einrichtung der Food and Drug Administration (FDA)

### **1909**

Das neue Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) tritt in Kraft.

### **1914**

Einrichtung der Federal Trade Commission (FTC) als Wettbewerbsbehörde in den USA

### **1915**

Gründung des Deutschen Hausfrauen-Bundes

### **1919**

Gründung des Bauhauses in Weimar

**1923**

- Verabschiedung des Mieterschutzgesetzes
- Erste Verordnung gegen Missbrauch wirtschaftlicher Machtstellung

**1927**

Gründung des Hauswirtschaftlichen Einkaufs-, beratungs- und Auskunftsdienstes (Heibaudi)

**1929**

Consumer.s Research Inc. in den USA nimmt die Arbeit auf.

**1933**

- Auflösung unabhängiger Organisationen und Verbände
- Auflösung des Bauhauses durch das NS-Regime
- Verabschiedung des Rabattgesetzes und Zwangskartellgesetz als Ausdruck nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik

**1935**

Gründung der Consumers Union in den USA

**1938**

Erweiterung der Kompetenzen der Federal Trade Commission (FTC) als unabhängige Regulierungskommission und der Food and Drug Administration (FDA) als nachgeordnete Behörde des Gesundheitsministeriums der USA

**1947**

Dekartellierungsverordnungen der Alliierten

**1949**

Einrichtung des "Ständigen Ausschusses für Selbsthilfe" in Köln durch Eugen Gerstenmaier, Anton Wopperer und Gerhard Weisser

**1953 bis 1963****1953**

- Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände e.V. (AgV) als "Verband der Verbände" mit Sitz in Bonn, Gründungsmitglieder sind unter anderem der Deutsche Hausfrauen-Bund, die Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Hausfrauen des Deutschen Evangelischen Hausfrauenbundes, die noch heute Mitglied sind, die Konsumgenossenschaften, das Institut für Selbsthilfe, das Hilfswerk der evangelischen Kirche Deutschlands. Zum ersten Vorsitzenden wählte die AgV den damaligen Vorsitzenden des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften, Gustav Dahrendorf.
- Gründung der Verbraucherzentrale Berlin e.V. als erste Verbraucherzentrale
- Gründung der Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Hausfrauen des Deutschen Evangelischen Frauenbundes in Hannover

**1954**

Erste Ausgabe der Verbraucherpolitischen Korrespondenz

**1955**

Erste Landesarbeitsgemeinschaften der Verbraucherverbände gegründet

**1956**

AgV zählt 19 sozial- und verbraucherorientierte Mitgliedsverbände, unter anderem den Deutschen Mieterbund und den Deutschen Frauenring.

**1957**

- Mit den Römischen Verträgen gründen sechs Mitgliedstaaten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).
- AgV fordert Schaffung von Verbraucherzentralen in allen Bundesländern.

**1958**

- Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Lebensmittelgesetzes werden verabschiedet
- Erste Zusage zur Einführung von Tests durch Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard
- Erste Ausgabe der Verbraucher Rundschau

**1959**

AgV führt Preistests bei Nahrungsmitteln durch.

**1960**

Urteil des OLG Stuttgart erlaubt Warentests.

**1961**

- Die AgV führt ersten vergleichenden Warentest (17 Waschmittel) durch.
- In allen elf Bundesländern sind Verbraucherzentralen entstanden.

**1962**

- In Brüssel wird das Bureau Européen des Unions de Consommateurs (BEUC) gegründet; die AgV ist Gründungsmitglied.
- Einrichtung eines Kontaktausschusses der Verbraucher der Europäischen Gemeinschaft., Vorläufer des CCC, des Beratenden Verbraucherausschusses
- US-Präsident Kennedy benennt vor dem amerikanischen Kongress vier grundlegende Verbraucherrechte:
  - das Recht auf sichere Produkte
  - das Recht auf freie Wahl
  - das Recht auf politische Interessenvertretung
  - das Recht auf umfassende Information über Waren und Dienstleistungen

**1963 bis 1973****1963**

- Das Landgericht Köln weist die Klage des Vereins gegen Unwesen in Handel und Gewerbe. e.V. gegen die AgV auf Unterlassung der Bekanntgabe von Testergebnissen ab.
- Gründung des Ausschusses Gebrauchstauglichkeit im Deutschen Normungsinstitut mit Beteiligung von Verbrauchervertretern an der Normung

**1964**

Errichtung der STIFTUNG WARENTEST in Berlin; sie erhält die Aufgabe der Unterrichtung der Öffentlichkeit über objektivierbare Merkmale des Nutz- und Gebrauchswertes von Waren und Leistungen.

**1965**

- Gründung des Instituts für angewandte Verbraucherforschung e.V. (IFAV). Das IFAV wird mit der Durchführung von Untersuchungen für Verbraucherorganisationen, der Initiierung von Forschungsvorhaben und der Erarbeitung von Grundlagenmaterial für die verbraucherpolitische Diskussion beauftragt.
- AgV-Präsidium bei Bundespräsident Heinrich Lübke
- Den Verbraucherverbänden wird in einer Novelle des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb (UWG) eine Klagebefugnis zugestanden.

**1966**

- Gründung des Verbraucherschutzvereins e.V. (VSV) in Berlin durch die AgV und die Verbraucherzentralen nach dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG); dem Verein wird die Aufgabe übertragen, die Klagebefugnis der Verbraucherverbände wahrzunehmen.
- Erster auf europäischer Ebene durchgeführter vergleichender Warentest (Bügeleisen)
- Die Zeitschrift „Der Test“ erscheint erstmalig.

**1967**

- EWG und Euratom gehen in Europäische Gemeinschaft (EG) über.
- USA: Gründung der Consumer Federation of America
- Erste „Woche des Verbrauchers“ als groß angelegte Aufklärungsaktion der AgV, Verbraucherzentralen und der Hausfrauen- und Frauenorganisationen sowie der Konsumgenossenschaften

**1968**

- Das IFAV führt erstmals für die AgV umfangreiche Preisvergleiche bei Gebrauchsgütern durch.
- Abschaffung der Zölle zwischen den EG-Partnerländern
- Reform des Gesetzes über technische Arbeitsmittel (Maschinenschutzgesetz)

**1969**

- Das Textilkennzeichnungsgesetz wird verabschiedet.
- Die AgV fordert die Errichtung einer Verbraucherakademie, auf der Multiplikatoren der Verbraucherarbeit geschult werden sollen. Die Akademie soll außerdem ein Forschungszentrum für Verbraucherfragen werden.

**1970**

- Die AgV veröffentlicht erstmals umweltpolitische Forderungen.
- Die AgV warnt vor wachsenden Agrarüberschüssen.
- Bundespräsident Gustav Heinemann empfängt das AgV-Präsidium.

**1971**

- Die Bundesregierung legt erstmals einen Bericht zur Verbraucherpolitik vor.
- Alle Verbraucherzentralen sind jetzt als Mitglied in der AgV vertreten.

- Erster Verbraucherfilmwettbewerb; es soll durch einen internationalen Vergleich die Qualität des Verbraucherfilms gefördert und das Interesse an Verbraucherinformation durch Film und Fernsehen gestärkt werden.
- USA: Das Bundesamt für Verbraucherangelegenheiten (USOCA) geht aus dem Verbraucherkomitee hervor. Gründung der Verbraucherorganisation Public Citizen.

## 1972

- Einrichtung eines Verbraucherbeirats beim Bundesministerium für Wirtschaft, Sprecher ist AgV-Präsident Prof. Dr. Otto Blume.
- In den USA wird die Consumer Product Safety Commission eingerichtet.

## 1973 bis 1983

### 1973

- Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)
- Preisangabenverordnung
- Die AgV wird Mitglied in der Konzertierte Aktion.
- Bundeskanzler Willy Brandt empfängt das AgV-Präsidium.
- Die AgV wird Mitglied im Beratenden Verbraucherausschuss der Europäischen Kommission.
- Einrichtung einer mobilen Verbraucherinformation der AgV
- Der Europäische Dachverband BEUC richtet in Brüssel ein ständiges Büro ein.
- Einrichtung des Beratenden Verbraucherausschusses (CCC) bei der Europäischen Kommission.

### 1974

- Gesamtreform des Lebensmittelrechts
- Novellierung des Abzahlungsgesetzes
- Aufhebung der Preisbindung
- Die AgV ist erstmals im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA) vertreten.
- Gründung des Verbraucherrats im DIN -Deutsches Institut für Normung

### 1975

- Erstes Programm der EG für eine Politik zum Schutz und zur Unterrichtung der Verbraucher
- Die AgV eröffnet die Modellberatungsstelle Pop 15; sie soll neue Konzeptionen, Arbeitsmittel und Methoden der Verbraucherberatung zur Unterstützung der Verbraucherzentralen entwickeln und erproben.
- Die AgV veranstaltet das erste Europäische Verbraucherforum unter der Schirmherrschaft der EG- Kommission zu aktuellen Fragen der Verbraucherpolitik.

### 1976

- Reform des Arzneimittelgesetzes
- Die AgV und der Deutsche Gewerkschaftsbund geben das Handbuch des Verbraucherrechts heraus.

**1977**

- Verabschiedung des Gesetzes über die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB-Gesetz); damit wird die Klagebefugnis des Verbraucherschutzvereins und der Verbraucherzentralen erweitert.
- Verabschiedung des Fernunterrichtsschutzgesetzes
- Bildung des Fachausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz im Europäischen Parlament
- Bundespräsident Walter Scheel und Bundeskanzler Helmut Schmidt empfangen das AgV-Präsidium.
- Unter maßgeblicher Beteiligung der AgV legen Hersteller, das Deutsche Institut für Normung (DIN) und Verbrauchervertreter Regeln für eine Warenkennzeichnung und für die Produkt-Information fest.

**1978**

- In Berlin wird die Stiftung Verbraucherinstitut gegründet; ihre Aufgabe ist es, Grundsätze, Modelle und Einzelmaterialien für die Verbraucherbildung und -information zu erarbeiten sowie Fortbildungsveranstaltungen durchzuführen. Stifter sind die AgV und die Stiftung Warentest.
- Vor dem Hintergrund der Ölkrise wird – finanziert vom Bundeswirtschaftsministerium – die bundesweite **Energieberatung** der Verbraucherzentralen ins Leben gerufen.

**1979**

- Schaffung eines Europäischen Währungssystems (EWS), um eine währungspolitische Stabilität in Europa zu erreichen
- Verabschiedung des Reisevertragsgesetzes und Neufassung des Gerätesicherheitsgesetzes
- Das GS-Zeichen wird geschaffen.
- Die AgV beteiligt sich am Bildschirmtext-Forschungsprojekt.

**1980**

- Änderung des Rechtsberatungsgesetzes; die Verbraucherzentralen dürfen fortan in außergerichtlichen Streitigkeiten Rechtsrat und Rechtsbesorgung erteilen.
- Die AgV veröffentlicht Grundlinien einer neuen Agrarpolitik.
- USA: Mit dem Präsidenten Ronald Reagan werden die Aktivitäten und Kompetenzen im Verbraucherschutz erheblich eingeschränkt. Die verbraucherpolitischen Aufgaben der Bundesbehörden werden auf die einzelstaatliche Ebene verlegt. Diese Phase endet mit dem Amtsantritt des US-Präsidenten Bill Clinton im Jahre 1993.

**1981**

- BGH-Urteil zur Zulässigkeit von Preisvergleichen
- VSV erstreitet BGH-Urteil zur Tagespreisklausel, das wegweisend ist für die Beurteilung von Preisänderungsvorbehalten.
- Anlässlich des Europäischen Verbraucherforums, das die AgV seit 1975 unter der Schirmherrschaft der Europäischen Kommission veranstaltet, diskutieren Experten der Verbraucherorganisationen, Wirtschaft und Politik über Ernährungspolitik in der Europäischen Gemeinschaft.

**1982**

- VSV erstreitet Grundsatzurteil des BGH zur Werbung mit Testergebnissen.
- Start der bundesweiten mobilen Energieberatung
- Gemeinschaftsaktion mit BEUC „Stoppt Gift aus dem Auspuff“ zum Verbot bleihaltigen Benzins

**1983 bis 1993****1983**

- Erste spezielle Sitzung der für Verbraucherpolitik zuständigen Minister der Mitgliedstaaten im Ministerrat
- Der internationale Verbraucherverband IOCU (heute Consumers International) proklamiert am 15. März erstmals den Weltverbrauchertag.
- Kreditaktion der AgV und der Verbraucherzentralen aufgrund einer Entscheidung des BGH, dass viele 1975 bis 1980 mit Teilzahlungsbanken abgeschlossene Kreditverträge sittenwidrig sind.
- Mitarbeit der AgV am Umweltzeichen .Blauer Engel.
- 30 Jahre AgV . Podiumsdiskussion zum Thema „Qualitatives Wachstum – Qualitativer Konsum“ zur Förderung eines Konsumverhaltens, das sich sozialen und ökologischen Werten verpflichtet fühlt.
- Die AgV zählt 33 Mitgliedsverbände.

**1984**

- Konzeption der Kredit-, Schuldner- und Umweltberatung: Zunehmende Überschuldung einkommensschwacher Verbraucher sowie wachsende Sensibilität für Fragen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes sind neue Rahmenbedingungen für die Arbeit der Verbraucherorganisationen.
- AgV Mitglied bei der Jury Umweltzeichen

**1985**

- Der Europäische Rat stimmt einem Programm für die Vollendung des Binnenmarktes zu.
- Verabschiedung der Preisangabenverordnung
- VSV erstreitet BGH-Urteil zur Schufa-Klausel, das das Kreditgewerbe zu einer grundlegenden Überarbeitung der Regelung über eine Verarbeitung personenbezogener Daten zwingt.
- Die AgV entwickelt ein computergestütztes Versicherungsberatungsprogramm.
- Die Verbraucherinitiative e.V. wird in Bonn gegründet.
- Die Zeitschrift Öko Test erscheint erstmals.

**1986**

- Das Gesetz über den Widerruf von Haustürgeschäften und ähnlichen Geschäften sowie die Gefahrstoffverordnung treten in Kraft.
- Novellierung des Abfallgesetzes
- Neufassung des Textilkennzeichnungsgesetzes
- Die AgV stattet zentral alle Beratungsstellen mit dem Selbstinformationssystem „Infothek“ aus.
- Forderungen der AgV zur Absicht, 1992 den EG-Binnenmarkt zu vollenden:
  - Höchstes Schutzniveau für Gemeinschaftsregeln
  - Recht auf Information
  - Schutz vor Irreführung

- Rechtsschutz
- Zugang zum Recht
- VSV erstreitet Urteil des Bundesgerichtshofs zur Gewinnspielwerbung unter dem Gesichtspunkt des psychologischen Kaufzwangs.

### 1987

- Novellierung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb
- Verbraucherverbände mahnen 50 Banken wegen überhöhter Verzugszinsen ab.
- Bier-Urteil des Europäischen Gerichtshofes: Das deutsche Reinheitsgebot bleibt erhalten.
- Verabschiedung der Novelle des Wasch- und Reinigungsmittelgesetzes
- AgV und Verbraucherzentralen legen Vorschläge für Vergabekriterien des Umweltzeichens vor.
- VSV erstreitet Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs zur Vorkasse in Reiseverträgen.

### 1988

- Der Bundesgerichtshof verpflichtet Banken, ihre Verzugszinsen zu reduzieren und erklärt in einem weiteren Urteil die Tilgungsverrechnungsklausel einer Hypothekenbank für unwirksam.
- Der Bundesgerichtshof bestätigt das Urteil des Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg, das die Klage der Wirtschaftlichen Vereinigung Zucker gegen die AgV abgewiesen hat; Tenor: Das im Zucker befindliche gesundheitliche Gefährdungspotential rechtfertigt eine Formulierung „Schadstoff Zucker“, die der Titel einer Ausgabe der Verbraucher Rundschau war; auch pointierte Formulierungen sind zur Verdeutlichung eines Standpunktes aufgrund des Grundrechts der freien Meinungsäußerung zulässig.
- Die Verbraucherorganisationen bieten grenzüberschreitende Preisvergleiche an.
- Bundespräsident Richard von Weizsäcker besucht die Verbraucherberatungsstelle der AgV.

### 1989

- Verabschiedung der EG-Rahmenrichtlinie für Zusatzstoffe bei Lebensmitteln
- 5. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und das Poststrukturgesetz treten in Kraft.
- Liberalisierung des Ladenschlussgesetzes und Einführung des Dienstleistungsabends
- BGH-Urteile zu Tilgungsverrechnungsklauseln und zur Wertstellung bei Überweisungen; BGH entscheidet im Wertstellungsurteil, dass Banken Bareinzahlungen noch am selben Bankarbeitstag gutschreiben müssen.
- Das Landgericht Düsseldorf gibt Verbraucherverbänden Recht, dass Zehn-Jahres-Versicherungsverträge unangemessen sind und gegen das AGB-Gesetz verstoßen.
- Das computergestützte Versicherungsberatungsprogramm wird bundesweit angeboten.
- Die AgV gibt Verbrauchertipps für Aus- und Übersiedler heraus.
- Nach Öffnung der Berliner Mauer führt die AgV mit der Verbraucherzentrale Berlin einen speziellen Preisvergleich für Käufer in der DDR durch.

**1990**

- Verabschiedung der EG-Richtlinie über Pauschalreisen
- Das Bundesdatenschutzgesetz tritt in Kraft.
- Der Bundesgerichtshof präzisiert die Anforderungen an die Transparenz der Zinsklauseln und spricht sich in einem weiteren Urteil für die 30-jährige Verjährung aus.
- VSV erstreitet Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs zum Widerrufsrecht bei Werbeverkaufsveranstaltungen.
- Gründung des Verbandes für Verbraucherschutz der DDR
- Der Ministerrat der DDR beschließt, den Aufbau von Verbraucherorganisationen zu fördern.
- Aufbau von Verbraucherberatungsstellen in den neuen Bundesländern
- Die Verbraucherzentralen der neuen und alten Bundesländer bilden in der Aufbauphase Partnerschaften.
- Die AgV legt ein Gesamtkonzept zur Unterstützung des Aufbaus der Verbrauchervertretung und -beratung in den neuen Bundesländern vor.
- Die Stiftung Verbraucherinstitut und die AgV führen Fachtagungen zur Verbraucherarbeit in der Marktwirtschaft durch.
- Gründung von Verbraucherzentralen in den neuen Bundesländern
- Nach dem Beitritt der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober Auflösung des Verbandes für Verbraucherschutz der DDR und Beitritt der Verbraucherzentralen zur AgV
- Abmahnaktion gegen Kreditinstitute wird fortgesetzt.

**1991**

- EG-Bio-Kennzeichnungs-Verordnung wird eingeführt.
- Das Verbraucherkreditgesetz und die Verpackungsverordnung treten in Kraft.
- Versicherungsverträge können innerhalb von zehn Tagen widerrufen und jährlich bei Prämien erhöhungen gekündigt werden.
- VSV erwirkt Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs zur Haftung beim Kreditkartenmissbrauch.
- Die Zeitschrift FINANZtest erscheint zum ersten Mal.
- 500.000 Verbraucher nehmen das Beratungsangebot der Verbraucherzentralen der neuen Bundesländer wahr.
- Die Infothek umfasst 70 Ordner.
- Erstausgabe „Verbraucherrecht .Gesetze und Verordnung“, herausgegeben von Dr. Thea Brüner, der langjährigen Geschäftsführerin der Verbraucherzentrale Berlin und Verwaltungsratsvorsitzenden des Verbraucherschutzvereins.

**1992**

- Die EU-Richtlinie über allgemeine Produktsicherheit wird verabschiedet.
- Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Union in Maastricht. Verbraucherpolitik wird als eigenständige Gemeinschaftspolitik anerkannt.
- Die Bundesregierung bekundet ihre Absicht, sich aus finanzverfassungsrechtlichen Gründen im Verhältnis Bund-Länder aus der Finanzierung der Verbraucherzentralen zurückzuziehen.
- Zwei Urteile des Bundesgerichtshofs zur Versicherungsantragsproblematik bringen mehr Verbraucherschutz.
- Die AgV kritisiert die teuren privaten Informationsdienste der Telekom.

- Mit einer Serie von Broschüren zu Reise, Werbung, Einkaufen informiert die AgV über den Start des EG- Binnenmarktes.
- Die AgV beginnt mit verschiedenen Projekten die Unterstützung der Entwicklung der Verbraucherarbeit in den Ländern Mittel- und Osteuropas.

## **1993 bis 2003**

### **1993**

- Erster AgV-Vorstoß zur Abschaffung des Rabattgesetzes
- AgV-Musterprozess gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen Reisepleiten
- Die Verbraucherverbände kritisieren die mangelhafte Kennzeichnung von Bio-Produkten.
- AgV-Untersuchung stellt mangelhafte Brieflaufzeiten fest.
- VSV erstreitet Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs zu Preisklauseln der Banken.
- VSV erstreitet BGH-Urteil zur Erstattungsfähigkeit alternativer Heilmethoden in der privaten Krankenversicherung.
- Vollendung des europäischen Binnenmarktes.

### **1994**

- Manifest der Europäischen Verbraucherverbände zum EU-Binnenmarkt
- EU-Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik ein, weil diese die EU- Reiserichtlinie nicht ordnungsgemäß umgesetzt hat.
- Verbraucherschutzverein obsiegt bei Zehn-Jahresklauseln in Versicherungsverträgen in fünf Urteilen des Bundesgerichtshofs.
- AgV fordert integrierte Abfallpolitik.

### **1995**

- EuGH-Generalanwalt bestätigt AgV-Position zur Haftung bei Reisepleiten.
- Die Verbraucherorganisationen genießen laut einer Umfrage des Instituts Sample, Mölln im Auftrag von Focus zum Thema .Vertrauen in Institutionen das größte Vertrauen der Deutschen.
- Europäische Verbraucherverbände fordern radikale Agrarreform.

### **1996**

- Teilzeitwohnrechtgesetz tritt in Kraft.
- Lockerung des Ladenschlussgesetzes
- Mehr Verbraucherschutz beim Kleingedruckten: Neuregelung des AGB-Gesetzes in Kraft.
- Verbraucherverbände fordern abgestimmte Informationskampagnen zu Euro-Einführung.
- AgV fordert besseren Verbraucherschutz bei Auslandsüberweisungen.
- AgV für Kennzeichnung von Gen-Lebensmitteln

### **1997**

- Das Produktsicherheitsgesetz wird verabschiedet.
- Das Informations- und Kommunikationsdienstegesetz tritt in Kraft.
- AgV kritisiert unzureichenden Verbraucherschutz bei BSE.
- AgV legt einen Forderungskatalog zu Verbraucherschutz in elektronischen Datennetzen vor.

- AgV fordert doppelte Preisauszeichnung bei Euro-Einführung. Sie erwirkt eine Selbstverpflichtung des Handels, dass seine Mitglieder für eine flächendeckende doppelte Preisauszeichnung zur verbrauchergerechten Einführung des Euro sorgen.
- AgV und Verbraucherzentralen kritisieren Verbändevereinbarung zwischen Stromwirtschaft und Industrie zur Liberalisierung des Strommarkts.
- Bundesweit einheitliche Verbraucherarbeit ist akut bedroht durch Kürzungspläne der öffentlichen Mittel des Bundes.
- Die AgV kritisiert das EU-Grünbuch zum Handel: Verbraucherinteressen werden nicht ernst genommen.
- Präsidentschaft der AgV im BEUC (bis 2000)
- AgV im Internet: [www.agv.de](http://www.agv.de)

### 1998

- Telekommunikations-Kundenschutz-Verordnung tritt in Kraft.
- Liberalisierung des Strommarktes
- Talking Food: eine EU-weite Kampagne zur Lebensmittelsicherheit
- AgV und Verbraucherzentralen legen Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl vor.
- AgV und Verbraucherzentralen überprüfen Markenfleischprogramme.
- 20 Jahre bundesweite Energieberatung der Verbraucherzentralen
- „EURO konkret“: Ratgeber von AgV, Gewerkschaften und Mieterbund zur Euro-Einführung veröffentlicht

### 1999

- Insolvenzordnung tritt in Kraft.
- EuGH-Urteil für vollständigen Schutz vor Reisepleiten
- VSV erwirkt neues Urteil des Bundesgerichtshofs zur Telefonwerbung.
- AgV und Verbraucherzentralen legen ein Konzept zur Vorsorgeförderung bei der Alterssicherung vor.
- Europas Verbraucher online: Tagung von AgV, EU-Kommission und Bundeswirtschaftsministerium zu Chancen und Risiken im elektronischen Markt
- Bundesweite Untersuchung der Verbraucherzentralen zu ökologisch verantwortungsvollem Fischeinkauf
- Vor der Millennium-Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation (WTO) fordern Verbraucherorganisationen weltweit eine Wende in der WTO-Politik. Sie wollen mehr Mitspracherechte und mehr Transparenz.
- Initiierung der Strukturreform der Verbraucherarbeit in Deutschland

### 2000

- Gesetz zur Beschleunigung fälliger Zahlungen und Fernabsatzgesetz treten in Kraft.
- Die AgV fordert ein Patientenschutzgesetz.
- Die AgV verlangt Netzwerk für mehr Lebensmittelsicherheit.
- AgV-Untersuchung: Elektronischer Zahlungs- und Geschäftsverkehr nach wie vor risikoreich
- Gründung des Verbraucherzentrale Bundesverbands e.V. (vzbv) am 1. November 2000
- Professor Dr. Edda Müller Vorstand des vzbv

**2001**

- Einrichtung des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (am 11. Januar 2001)
- Auf einer Pressekonferenz anlässlich der Internationalen Grünen Woche legt der vzbv Prüfsteine zur Glaubwürdigkeit der Wende in der Verbraucherpolitik vor.
- Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände, die Stiftung Verbraucherinstitut und der Verbraucherschutzverein werden auf den Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) mit dem Standort Berlin verschmolzen.
- Eckpunkte zur EU-Harmonisierung im Wettbewerbsrecht
- Unterlassungsklagengesetz tritt in Kraft.
- vzbv fordert ein Verbraucherinformationsgesetz mit Auskunftsanspruch der Verbraucher auch gegenüber Unternehmen.

**2002**

- Einführung des Euro als gesetzliches Zahlungsmittel
- EU-Kommission beschließt eine Reform der Kfz-Gruppenfreistellungsverordnung und ermöglicht damit mehr Wettbewerb im europäischen Automarkt.
- Aufhebung von Rabattgesetz und Zugabeverordnung
- Neues Klagerecht für Verbraucherverbände nach dem Rechtsberatungsgesetz.
- Initiativrecht für Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft zur Stärkung ihrer Querschnittsaufgaben im Verbraucherschutz
- vzbv legt Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2002 vor.
- vzbv veröffentlicht verbraucherpolitisches Positionspapier für die Koalitionsverhandlungen zur Legislaturperiode 2002-2006.
- Neue Rechte für Heimbewohner: vzbv prüft Umsetzung
- vzbv und der österreichische Verein für Konsumenteninformation mahnen Lebensmittelkonzerne wegen irreführender Werbung mit ländlicher Idylle ab.
- vzbv geht gerichtlich gegen Ministererlaubnis zur Fusion von e.on und Ruhrgas wegen Nichtanhörung der Verbraucherverbände vor.
- Internetplattform [www.baufoerderer.de](http://www.baufoerderer.de), gemeinsam von der kfw-Bankengruppe und dem vzbv entwickelt, startet
- Bund der Energieverbraucher neues Mitglied des vzbv. Der vzbv zählt somit 35 Mitgliedsverbände.

**2003 bis 2011****2003**

- 50 Jahre Verbraucherarbeit in Deutschland
- Änderung des Ladenschlussgesetzes
- Schuldrechtsreform mit tiefgreifenden Änderungen des Gewährleistungsrechts tritt in Kraft
- 20 Jahre Weltverbrauchertag: vzbv, Deutscher Mieterbund und der Verkehrsclub Deutschland fordern Kennzeichnung des Energiebedarfs von Autos und Wohnraum.
- vzbv fordert die Einrichtung einer Verbraucherministerkonferenz von Bund und Ländern und eine schnelle Verabschiedung des Verbraucherinformationsgesetzes.

- Die Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre (SdK), der Verkehrsclub Deutschland (VCD), der Deutscher Caritasverband und der Deutsche Siedlerbund (heute Verband Wohneigentum) werden Mitglied des vzbv, der vzbv zählt 38 Mitgliedsverbände
- Fördermitglieder sind: Stiftung Warentest, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Staatsbürgerinnen-Verband (zuvor Mitglied) der Deutsche LandFrauenverband
- vzbv fordert Girokonto für Jedermann.
- Der Verbraucherzentrale Bundesverband und die Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre (SdK) fordern umfassende Reformen für einen verbesserten Anlegerschutz.
- vzbv startet Kinderkampagne zu Werbung für Kinder und Jugendlichen.

## 2004

- vzbv legt Wahlprüfsteine zur Europawahl vor und fordert eine Stärkung des Verbraucherschutzes in Europa und in Deutschland.
- Die Internetplattform [www.baufoerderer.de](http://www.baufoerderer.de) wird monatlich von bis zu 50.000 Nutzern besucht.
- vzbv stärkt den Tierschutz in der Landwirtschaft durch den „Tierschutz- TÜV“.
- vzbv kritisiert fehlende Information über Kontingentierung bei Billigfluggesellschaften.
- vzbv fordert verstärkten Schutz für Kinder vor Werbung.
- vzbv fordert eine starke Regulierungsbehörde für den Energiemarkt.
- Bahnkunden können auf Entschädigung bei Zugverspätungen klagen.
- vzbv kritisiert Kennzeichnung des Energieverbrauchs von Haushaltsgeräten als irreführend und geht gegen falsche Werbung mit Test-Urteilen vor.
- Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung tritt in Kraft.
- Der vzbv stellt Kernelemente einer Reform des Versicherungsvertragsrechts sowie der Regelung zur Vermittlung von Versicherungen vor.
- vzbv fordert besseren Anlegerschutz gemeinsam mit Geschädigten von strukturvertriebenen Immobilienanlagen, den sogenannten Schrottimmobilien.
- Novellierung des Telekommunikationsgesetzes
- vzbv veröffentlicht erstmals Verbraucherschutzindex der Bundesländer, der die verbraucherpolitische Leistungsbilanz der Bundesländer prüft
- 40 Jahre Stiftung Warentest
- [www.vzbv.de](http://www.vzbv.de) wird in englischer und französischer Sprache online gestellt.
- Slow- Food- Deutschland neues Fördermitglied des vzbv.

## 2005

- vzbv setzt sich ein gegen Verbrauchertäuschung bei Lebensmitteln und fordert von der Bundesregierung eine durchgängige Kennzeichnung.
- vzbv kritisiert desolante Informationslage in der betrieblichen Altersvorsorge.
- vzbv klagt gegen den elektrischen Versandhandel, eine Datenschutzklausel, Versandhandelsgeschäfte, wettbewerbsrechtliche Verfahren, Werbungen mit Testergebnissen der Stiftung Warentest und Telefonwerbung.
- Runder Tisch Pflege: vzbv beteiligt sich an der Erarbeitung einer Charta der Rechte hilfs- und pflegebedürftiger Menschen.
- vzbv stellt Zehn-Punkte-Programm zur Umsetzung einer höheren Energieeffizienz vor.
- Das Zweite Gesetz zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts tritt in Kraft.
- Das neue Gentechnikgesetz tritt in Kraft.

- Das Alterseinkünftegesetz tritt in Kraft.
- ELVIS (**E**lektronisches **V**erbraucherzentralen- **I**nformations**S**ystem) ist ein zentrales Instrument zur Bündelung und Weiterentwicklung der Beratungskompetenz der Mitgliedsverbände, das Intranet vernetzt alle Beratungsstellen und erlaubt einen schnellen Austausch von Informationen
- AIDA (**A**nbieter- /**I**nformations- **D**atenbank), neue Datenbank im Intranet.
- Fünf Jahre Verbraucherzentrale Bundesverband
- Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisation (BAGSO) wird neues Mitglied des vzbv.
- Neue Fördermitglieder: Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung, Eurotoques Stiftung; RAL – Deutsches Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung, Transparency Deutschland

## 2006

- vzbv warnt vor einer Legalisierung der Schleichwerbung und einer Werbeflut im Fernsehen
- Verbraucherinformationsgesetz: Mit einer Demonstration unter dem Motto "Schwarze Schafe bleiben ungeschoren" demonstriert der vzbv gegen Lücken beim geplanten Verbraucherinformationsgesetz.
- Novellierung des Investmentgesetzes
- vzbv und Wohlfahrtsverbände veröffentlichen Schuldenreport 2006.
- Änderung des Ladenschutzgesetzes tritt in Kraft.
- Verbraucherschutzindex 2006: Die meisten Länder haben den Verbraucherschutz ausgebaut, der vzbv fordert die Länder auf, das Potential für eine wirksame Verbraucherpolitik besser auszuschöpfen.
- Weltverbrauchertrag 2006: vzbv fordert Offensive für Verbraucherbildung an Schulen
- Die Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft und der Deutsche LandFrauenverband (vorher Fördermitglied) sowie der Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften sind neue Mitglieder.
- Neues Fördermitglied ist Germanwatch.

## 2007

- Deutscher Verbrauchertag 2007: Unter dem Titel "Verbrauchermacht und Verantwortung" widmete sich der 1. Deutsche Verbrauchertag dem Thema nachhaltiger Konsum. Bundespräsident Horst Köhler eröffnete den Verbrauchertag mit einem Appell, nachhaltiges Wirtschaften zur Chefsache zu machen. [www.verbrauchertag.de](http://www.verbrauchertag.de)
- Gerd Billen wird Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbandes.
- vzbv startet gemeinsam mit seinen Mitgliedsverbänden bundesweite Kampagne: „Strom. Jetzt wechseln. Jetzt sparen.“
- Europäische Chemikalienverordnung (REACH) tritt in Kraft.
- Versicherungsvertragsgesetz tritt in Kraft.
- vzbv fordert, Verbraucherrechte durch Sammelklagen auf EU-Ebene wirksamer durchzusetzen.
- vzbv setzt sich für den Ausbau erneuerbarer Energien ein.
- vzbv erreicht eine Qualitätsberichterstattung im Rahmen der Gesundheitsreform.
- EU-Verbraucherkommissarin will Verbraucher und Wirtschaft stärken: Verbraucherkommissarin Meglena Kuneva bei vzbv-Mitgliederversammlung.

- Verbraucherinformationsgesetz (VIG) wird vom vzbv als unzureichend bezeichnet.
- Studie „Verbraucherschutz bei digitalen Medien“ deckt Mängel im Verbraucherrecht auf.
- Telekommunikationsänderungsgesetz tritt in Kraft.
- vzbv fordert Sanktionen gegen Telefonwerbung.
- vzbv fordert eine eindeutige Kennzeichnung von Lebensmitteln durch die „Ampel“.
- 400 Energieberatungsstellen unter bundesweiter Servicenummer erreichbar
- Rat und Hilfe finden Patienten in bundesweit 22 Beratungsstellen sowie über eine zentrale Hotline der unabhängigen Patientenberatung (UPD). Sie wird getragen vom Verbraucherzentrale Bundesverband, dem Sozialverband VdK Deutschland und dem Verbund unabhängige Patientenberatung getragen. Die Finanzierung erfolgt über die Spitzenverbände der Krankenkassen.

## 2008

- Der vzbv fordert zum „Datengipfel“ der Bundesregierung unter anderem den Sofortstopp des Datenhandels ohne Einwilligung.
- Der Bundesgerichtshof entscheidet, dass alle privaten Bauverträge rechtlich überprüft werden können. Das Urteil stärkt die Rechte privater Bauherren. Auslöser ist eine Klage des Verbraucherzentrale Bundesverbandes auf Unwirksamkeit von 24 benachteiligenden Klauseln in privaten Bauverträgen.
- Novellierung des Gentechnikgesetzes
- vzbv sieht Nachbesserungsbedarf bei der Pflegereform.
- Finanzmarktkrise: vzbv legt Elf-Punkte-Programm vor, Telefonhotline der Verbraucherzentralen
- Eine leicht verständliche, verbindliche und farbliche Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln (Ampelkennzeichnung) fordern der vzbv, der AOK Bundesverband, die Bundesärztekammer, der BundesElternRat, und Fernsehkoch Tim Mälzer.
- Verbraucherschutzindex 2008: Das Länderranking belegt, dass der Verbraucherschutz in den Ländern eine größere Rolle spielt als 2006, aber noch in keinem Land die Note „gut“ erreicht. Eine gleichzeitig in Auftrag gegebene Verbraucherbefragung ergibt, dass sich die Verbraucher von der Politik im Stich gelassen fühlen und in den Verbraucherzentralen wirkungsvolle Vertreter von Verbraucherinteressen sehen.
- 30 Jahre Energieberatung der Verbraucherzentralen: In der Zeit haben mehr als 1,5 Millionen Menschen die Beratung in Anspruch genommen.
- „Für mich.für dich.fürs klima“: das Netzwerk für ein besseres Klima startet. An dem vom Bundesumweltministerium finanzierten Projekt sind der vzbv, die Verbraucherzentralen, der Deutsche Mieterbund, der Verkehrsclub Deutschland, Germanwatch, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenverbände und der VerbraucherService im Katholischen Deutschen Frauenbund beteiligt. Das Projekt endet 2010.
- Der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC) ist neues Mitglied des vzbv, neues Fördermitglied ist der europäische Verbraucherverein EuroInfo e.V. Kehl.

## 2009

- Deutscher Verbrauchertag 2009: Eine Fokussierung auf die Bedürfnisse und Interessen der Familien fordert der vzbv zum Deutschen Verbrauchertag 2009. In Anwesenheit der Bundeskanzlerin Angela Merkel diskutieren im ehemaligen

Tempelhofer Flughafen 500 Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft Rahmenbedingungen, um der zunehmenden Überforderung, Verunsicherung und Übervorteilung von Familien entgegenzuwirken.

- vzbv legt Zehn-Punkte-Programm sowie ein Positionspapier für die Legislaturperiode 2009 – 2013 zur Verbraucherpolitik der Zukunft vor: „Verbraucher stärken heißt Wirtschaft stärken – Neue Akzente in der Verbraucherpolitik
- 400+ Verbraucherzentrale der Zukunft: vzbv und Verbraucherzentralen formulieren das Ziel, 400 Beratungsstellen mit 2000 Verbraucherberatern in Deutschland zu schaffen, um die hohe Nachfrage der Verbraucher flächendeckend befriedigen zu können.
- Bundesweiter Behördentest der Verbraucherzentralen: Auskünfte meist langsam, schlecht und teuer: Das Verbraucherinformationsgesetz versagt im Alltag.
- Verbraucher entscheiden die Bundestagswahl: Der vzbv bietet zur Bundestagswahl 2009 eine Mitmach-Webseite an: Welche Partei setzt sich wie für die Interessen der Verbraucher ein?
- Bundesrat wertet Verbraucherschutz auf: Neuer Ausschuss für Agrarpolitik und Verbraucherschutz
- Beratungstelefon der Unabhängigen Patientenberatung (UPD) jetzt unentgeltlich
- Zur Europawahl bietet der vzbv als Entscheidungshilfe die Website [www.europa-fuer-verbraucher.de](http://www.europa-fuer-verbraucher.de) an. Das Portal stellt Antworten der Spitzenkandidaten zu verbraucherpolitischen Fragen und eine Bilanz der EU-Politik der vergangenen Jahre ein.
- vzbv kritisiert Freigabe von Packungsgrößen.
- vzbv fordert schnelle Reform der Finanzaufsicht.
- vzbv und Verbraucherzentralen fordern klare Spielregeln für Finanzaufsicht.
- Banken-Test: Vernichtendes Ergebnis für die Qualität der Bankberatung ZDF-WISO und vzbv decken Defizite der Bankberatung auf.
- vzbv erwirkt BGH-Urteil zur Beschränkung der Werbung für die Vermittlung von Schuldenregulierungen.
- Aufgrund einer Klage des vzbv stärkt der Bundesgerichtshof Verbraucherrechte im Versandhandel: Händler müssen Kunden eindeutig über Widerrufsrecht aufklären.
- vzbv startet das Projekt "Verbraucherrechte in der digitalen Welt" – mit dem Ziel, die Verbraucher zu befähigen, sich sicher im Internet zu bewegen und aktiv zu partizipieren.

## 2010

- Verbrauchergipfel im Kanzleramt: Bundeskanzlerin Angela Merkel empfängt die Vorstände von vzbv, Stiftung Warentest und Verbraucherzentralen.
- Neue Regeln im Verbraucherkreditrecht
- Verbraucherschutzindex 2010: Wettbewerb um erfolgreiche Verbraucherpolitik in den Ländern erfolgreicher
- vzbv mahnt klare Konzepte in Finanzmarkt-, Energie- und Gesundheitspolitik an.
- vzbv und der Bundesbeauftragte für Datenschutz legen Fünf-Punkte-Katalog zum Datenschutz vor.
- Weltverbrauchertag 2010: Weg mit dem Finanzschrott; vzbv fordert mehr Verbraucherschutz bei der Finanzaufsicht.

- vzbv fordert Gesundheitspolitik aus Verbrauchersicht.
- Der vzbv und die Verbraucherzentralen starten ein Projekt zur Umsetzung der Verbraucherrechte in der Pflege. Es werden das Kleingedruckte in Verträgen von Alten- und Pflegeheimen geprüft und bundesweit rechtlicher Rat in ausgewählten Pflegestützpunkten angeboten, Das Projekt wird finanziert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und läuft bis 31.03.2013.
- Projekt „Materialkompass“, das Lehrmaterialien zur Verbraucherbildung bewertet, startet; das Projekt wird gefördert vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.
- Das Projekt "Web 2.0 gestützte Fortbildung für die Verbraucherberatung zur Konzeption und Erprobung neuer technischer Formate und Arbeitsformen zur Unterstützung des Wissenstransfers im Verbraucherzentrale Bundesverband" startet. Das Projekt wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung

## 2011

- Die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) wird nach ihrer Modellphase als Regelangebot fortgeführt. Die UPD unterstützt Hilfesuchende in über zwanzig Beratungsstellen sowie über das bundesweite Beratungstelefon.
- „Wie viel Staat braucht der Verbraucher“ ist das Thema des Deutschen Verbrauchertages 2011, der von Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner eröffnet wird.
- Der vzbv und die Verbraucherzentralen starten das Projekt lebensmittelklarheit.de: Mit dem Internetportal wird eine Informations- und Austauschplattform über die Kennzeichnung und Aufmachung von Lebensmitteln angeboten, um Täuschungen und Irreführungen zu beseitigen. Gefördert wird das Projekt vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.
- Das Projekt Digitale Rechte wird fortgeführt.
- Checkpoint Energie, das Informationszentrum und die Dialogplattform der Energieberatung wird eröffnet.
- vzbv fordert Pflicht zu datenschützenden Voreinstellungen bei technischen Geräten und bietet eine Online-Petition an, damit Verbraucher diese Forderungen per Unterschrift unterstützen können.
- ZehnJahre Verbraucherzentrale Bundesverband